



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

Antragssammlung

16. Landesdelegiertenversammlung am 31.08.2013

- A 1 Antrag des Landesvorstandes
 "MIT-Dialog-Papier. Vertrauen gewinnen und (dann)
mehr Europa wagen –
 Die europapolitische Positionierung der MIT NRW"
- A 2 - A 4 Sonstige Anträge

1 **Antrag A 1**
2 **zur 16. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Landesvorstand**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5 **MIT-Dialog-Papier**

6 **Vertrauen gewinnen und (dann) mehr Europa wagen –**

7 **Die europapolitische Positionierung der MIT NRW**

8 Ohne Europäischen Binnenmarkt kein starker Mittelstand. Seit Jahrzehnten profitieren
9 unsere Unternehmen von offenen Grenzen und stabiler Währung. Selbst in Zeiten
10 unsicherer Finanzmärkte und der Schuldenkrise südeuropäischer Staaten zeigt sich
11 Deutschlands Mittelstand in guter Verfassung. Doch diese Sicherheit ist durch hohe
12 deutsche Haftungsrisiken derzeit nur scheinbar stabil. Soll die europäische
13 Staatengemeinschaft nachhaltig gesunden, müssen mehr Reformen durchgesetzt werden.
14 Europas Staaten müssen untereinander Vertrauen zurück gewinnen. Die Europäische
15 Union braucht eine Phase der kreativen Konsolidierung.

16 Der Abbau von Staatsdefiziten, Lohnzurückhaltung und breit angelegte Liberalisierungen
17 stärken sukzessive die Produktivitätskennziffern und damit die Wettbewerbsfähigkeit der
18 Krisenstaaten. Die Rettungspolitik erfordert jedoch einen langen Atem und muss durch
19 weitere Instrumente flankiert werden. Nationale Schuldenbremsen (EU-Fiskalpakt),
20 strengere Defizitverfahren und stärkere Durchgriffsrechte für die Kommission sowie eine
21 gemeinsame Bankenaufsicht konnten Rat und EU-Parlament bereits durchsetzen. Dieser
22 Weg ist richtig und muss durchgehalten werden. Allerdings geben weiter gehende
23 Vorschläge der Brüsseler Institutionen Anlass zur Sorge: Gegen Auflagen sollen
24 gemeinsame Staatsanleihen (Eurobonds) und Schuldentilgungsfonds der Wirtschafts- und
25 Währungsunion das notwendige Gewicht auf den Finanzmärkten geben. Die Kommission
26 möchte zudem eine gemeinsame Einlagensicherung aller europäischen Banken erreichen.

27 Das hieße, die Schuldenlage zu missbrauchen, um mehr Europäische Integration zu
28 erreichen. Diese Vergemeinschaftung von Schulden und Haftung würde den Krisenstaaten
29 ermöglichen an die Fehler der Vergangenheit anzuknüpfen. Das süße Gift des
30 Schuldenmachens wäre wieder in Reichweite und könnte den Reformdruck nehmen. Der

31 Steuerzahler müsste immer größere Haftungsrisiken übernehmen und die Banken wären
32 zulasten der Sparer vom Risiko freigestellt.

33 Zwar soll es etwa einen Altschuldentilgungsfonds nur gegen Auflagen und bei
34 entsprechender Bewährung geben. Wer garantiert aber für die Zukunft, dass die
35 Bedingungen für Eurobonds und Schuldentilgungsfonds vorher (!) auch erfüllt werden?
36 Nicht nur der Europäische Rat und die Nationalstaaten (auch Deutschland!), auch die EU-
37 Kommission und das Europaparlament haben bei all diesen Themen wiederholt anstelle
38 der Durchsetzung vereinbarter europäischer Regeln mit fragwürdigen Kompromissen die
39 europäische Stabilitätsvorgaben durchlöchert. Deshalb lehnen wir alle Vorschläge, die auf
40 eine weitere Vergemeinschaftung von Schulden hinauslaufen, ab. Auf dem Weg in die
41 "echte" Wirtschafts- und Währungsunion müssen Reformen der Schuldenstaaten zunächst
42 unumkehrbar greifen. Das Vertrauen untereinander muss zurück gewonnen werden.

43 **Währung festigen: Reformen anstatt Schuldensozialismus**

44 Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen stellt fest,

- 45 1. dass der deutsche Mittelstand vom Europäischen Binnenmarkt, der
46 Gemeinschaftswährung und den sicheren politischen Rahmenbedingungen seit
47 vielen Jahren in hohem Maß profitiert;
- 48 2. dass angesichts der Verwerfungen auf den globalen Finanzmärkten Europa seinen
49 weltweiten Einfluss nur halten kann, wenn es stärker als politische Einheit auftritt;
- 50 3. dass die europäische Politik nur glaubwürdig und stark ist, wenn sie an den eigenen
51 Kriterien für Währungsstabilität, Schuldenbegrenzung und EU-Beitrittsreife festhält
52 und diese durchsetzt;
- 53 4. dass der EU-Fiskalvertrag zusammen mit dem gehärteten Stabilitäts- und
54 Wachstumspakt und den ESM-Auflagen die Europäische Union weniger anfällig
55 gegen nationale Schuldenexzesse macht; dass jedoch vorgesehene Sanktionen
56 gegen ordnungs- und haushaltspolitisches Fehlverhalten der Mitgliedstaaten
57 unzureichend angewandt werden;

5. dass die mit den EU-Rettungsgeldern verbundenen Auflagen wichtige Reformerfolge (Lohnzurückhaltung, Arbeitsproduktivität, Liberalisierungen) in den südeuropäischen Ländern nach sich ziehen, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer sich deutlich steigert;
6. dass die Reformerfolge und die EZB-Zinspolitik sich noch nicht ausreichend auf die Finanzierungs- und Kreditkosten der Kreditnehmer niederschlagen;
7. dass sich die EZB von ihrem unabhängigen geldpolitischen Auftrag entfernt und zunehmend in die Rolle des Staatsfinanzierers und Bankenretters gerät;
8. dass die Unabhängigkeit einer Europäischen Zentralbank mit geldpolitischem Auftrag für die Stabilität der Finanz- und Marktwirtschaft der Europäischen Union unerlässlich ist.

Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen

1. fordert, dass die Staats- und Regierungschefs der Eurozone auf den auf Einstimmigkeit und Sperrminoritäten basierenden ESM-Regeln bestehen und die Zusagen des Fiskalpaktes einfordern. Zugesagte Reformen müssen unumkehrbar Früchte tragen und nationale Schuldenbremsen die gewünschten Politikergebnisse bringen;
2. fordert eine Fortsetzung der Reformpolitik in den Krisenstaaten. Auf dem Weg in die "echte" Wirtschafts- und Währungsunion muss zuvor Vertrauen zurück gewonnen werden;
3. sieht die nach wie vor hohen Kreditkosten für unternehmerische Investitionen in den Krisenländern kritisch; fordert ein schlagkräftiges Bürgschaftsprogramm speziell zur Absicherung von KMU-Krediten durch die Europäischen Investitionsbank;
4. lehnt eine Vergemeinschaftung der Schulden (Eurobonds, Altschuldentilgungsfonds, gemeinsame Einlagensicherungen) ab, da so Anreize für nationalstaatliche Haushaltsdisziplin verloren gingen und Mitgliedsstaaten mit solider Haushaltspolitik

84 bestraft würden;

85 5. fordert als Bestandteil des Euro-Rettungspaktes eine Regelung, die für betroffene
86 Staaten, die ohne wirksame Reformanstrengungen bleiben, eine zeitweise
87 Rückstufung in vorherige Phasen der Währungsunion ermöglicht und geordnete,
88 maßgeschneiderte Umschuldungsoptionen (Insolvenzrecht für Staaten) vorsieht;

89 6. fordert für die EU-Kommission im Falle der Verletzung gemeinsamer europäischer
90 Regeln eine wirksame eigene Geltendmachungskompetenz beim EuGH. Dies muss
91 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgesetzt
92 werden. Zudem sollte der Kommission ein Vetorecht bei Regelverstößen und ein
93 Zurückweisungsrecht für nationale Haushalte eingeräumt werden, die gegen
94 Stabilitätskriterien verstoßen;

95 7. fordert, dass der Aufkauf von Staatsanleihen verschuldeter Europäischer
96 Mitgliedsstaaten durch die Europäische Zentralbank mit Hinblick auf akute
97 Staatskrisen lediglich eine überbrückende Funktion haben darf und die absolute
98 Ausnahme bleiben muss;

99 8. lehnt einen ESM mit Bankenlizenz (vorher gekaufte Staatsanleihen an EZB
100 abtreten) ebenso wie die EZB entschieden ab;

101 9. kritisiert, dass die Staaten, die die Lasten der Eurorettung vornehmlich tragen, in
102 den Entscheidungsgremien der EZB nicht den Einfluss haben, den ihre Anteile an
103 Bevölkerung und Wirtschaftskraft rechtfertigen würden; lehnt ein Rotationsprinzip in
104 den Entscheidungsgremien entschieden ab; fordert stattdessen dauerhaft mehr
105 Stimmgewichte für die größten Anteilseigner entsprechend dem Vorbild des
106 Internationalen Währungsfonds.

107 10. fordert, dass in Zukunft eine klare Trennlinie zwischen Geld- und Finanzpolitik
108 eingehalten wird, damit die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank
109 gewährleistet ist;

110 11. fordert auch für die Bankenaufsicht eine klare Trennung zu den geld- und
111 finanzpolitischen Entscheidungsstrukturen der EZB; fordert, die Bankenaufsicht auf

112 systemrelevante Banken zu beschränken; lehnt EU-Vorgaben für die
113 Haftungsverbünde der Sparkassen und Volksbanken ab.

114 **Subsidiarität wahren: Europäischer Normenkontrollrat und nationale**
115 **Subsidiaritätsrüge**

116 Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen stellt fest,

117 A) dass regelmäßige Kompetenzüberschreitungen durch EU-Kommission und
118 Europaparlament die Regionen und Wirtschaft verunsichern. Kleinteilige
119 Richtlinieninitiativen (Duschköpfe, Dieselsteuer, Saatgut, Bodenschutz, CSR uvm.)
120 der Europäischen Kommission bedrohen die Akzeptanz Europas bei den
121 Bürgerinnen und Bürgern;

122 B) dass Interventionen der Kommission mit Forderungen beispielsweise nach
123 europaweiten Frauenquoten, Mindestlöhnen, europäischen Regelungen für
124 Rentensysteme oder für berufliche Zugangs- und Qualifizierungssysteme (z.B.
125 Abschaffung der Meisterpflicht) nicht hinnehmbar sind;

126 C) dass die Subsidiaritätskontrolle der Nationalstaaten kaum koordiniert geschweige
127 denn organisiert ist. Der Widerstand aus dem Europaparlament ist begrenzt, sind
128 es doch mit Klima-, Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutz in der Regel Themen,
129 die populär genug sind, um unbequemen Subsidiaritätsfragen auszuweichen.

130 Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen

131 1. fordert, dass die EU sich auf die großen Aufgaben konzentriert. Die
132 europäischen Institutionen müssen lernen, sich selbst zu begrenzen. Nicht alles,
133 was zu regeln ist, muss europäisch geregelt werden. Hier müssen wir zu einem
134 Kurs des Maßes und der Mitte zurückkehren;

135 2. fordert insbesondere in den Bereichen der Sozial- und Umweltgesetzgebung
136 eine Überprüfung der europäischen Zuständigkeiten und gegebenenfalls die

- 137 Rückverlagerung auf mitgliedstaatliche Ebene;
- 138 3. fordert Bundesregierung und Bundestag auf, das Instrument der
139 Subsidiaritätsrüge stärker zu nutzen und dafür Kapazitäten bereit zu stellen;
- 140 4. fordert auf europäischer Ebene die Schaffung eines unabhängigen EU-
141 Normenkontrollrates, der bisherige Zuständigkeiten der EU überprüft und in
142 einem Frühwarnverfahren Kompetenzüberschreitungen der EU-Kommission
143 verhindert;
- 144 5. fordert die Schaffung einer Subsidiaritätskammer beim Europäischen
145 Gerichtshof, die für Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen Mitgliedstaaten und
146 EU zuständig ist und aus den Präsidenten der nationalen Verfassungsgerichte
147 besteht;
- 148 6. fordert, die Zahl der EU-Kommissare deutlich zu reduzieren. Die EU-
149 Kommission muss ferner den Ressortegoismus von Kommissaren und
150 Generaldirektionen überwinden und eine vorbehaltlose Überprüfung des
151 gesamten bürokratischen Regelwerkes nach dem Vorbild der Stoiber-
152 Kommission angehen.

153 **Ein gefestigtes Europa als Global Player**

154 Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen stellt fest,

- 155 A) dass eine zu großzügige Aufnahme von Ländern in die Union und in die
156 Eurozone zu den heutigen Stabilitätsproblemen beigetragen hat und in Zukunft
157 beitragen würde;
- 158 B) dass die europäische Staatengemeinschaft in wichtigen außenpolitischen
159 Fragen nicht mit einer Stimme spricht und dadurch ihr internationales Gewicht
160 schwächt;
- 161 C) dass die europäischen Institutionen für unzählige Einzelthemen Verantwortung

162 tragen wollen, die Bürger und die Wirtschaft in der rasant fortschreitenden
163 Globalisierung mehr Europa aber vor allem dort erwarten, wo einzelne
164 Mitgliedstaaten keine ausreichende nationale Antwort mehr haben.

165 Die Mittelstandsvereinigung der CDU Nordrhein Westfalen

166 1. lehnt EU-Erweiterungen über den Beitritt Kroatiens hinaus in absehbarer Zeit ab. Die
167 Aufnahme in die EU und in die Eurozone muss strenger Kriterien standhalten
168 können. Europa braucht eine Atempause. Europa muss seine inhaltlichen und seine
169 geographischen Grenzen definieren, wenn es nicht handlungsunfähig sein will;

170 2. fordert eine Reform der europäischen Nachbarschaftspolitik. Nicht jedes
171 Nachbarland muss Mitglied der EU werden; verschiedenste Kooperationsformen bis
172 hin zum gemeinsamen Markt mit gemeinsam verantworteten Politikfeldern sind
173 denkbar, jedoch ohne die Teilnahme der Nachbarstaaten an den gemeinsamen
174 Institutionen. Der EWR kann dafür Vorbild sein. Dies könnte auch ein Weg z.B. für
175 die Türkei, die Ukraine und einzelne Staaten in Nordafrika sein;

176 3. fordert mehr Europa in der Außenpolitik. Einzelstaatliche Botschaften von EU-
177 Mitgliedsländern sind nicht immer zwingend notwendig. Mehr gemeinsame
178 Auslandsvertretungen der EU-Mitgliedsländer erhöhen die Sichtbarkeit Europas im
179 Ausland; auch eine neue Initiative in Richtung der europäischen
180 Verteidigungsgemeinschaft ist notwendig;

181 4. fordert mehr europäische Gesetzgebungskompetenz und Vertretungsrechte in
182 Fragen der Energie- und Rohstoffsicherheit, des internationalen Umweltschutzes,
183 der Entwicklungshilfe sowie in der Terrorbekämpfung und der Sicherheitspolitik.

184 **Votum der Antragskommission: Annahme in der geänderten Fassung mit Stand vom**
185 **19.08.2013**

1 **Antrag A 2**
2 **zur 16. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Arbeitskreis Junger Mittelstand**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5 **Europäische Privatgesellschaft muss auf der Agenda bleiben**

6 Der Arbeitskreis junger Mittelstand fordert ein klares Bekenntnis der
7 Landesdelegiertenversammlung zur Societas Privata Europaea (Europäische
8 Privatgesellschaft) als zukunftsfähige Gesellschaftsform für kleine und mittelständische
9 Unternehmen auf dem europäischen Binnenmarkt. Diese transnationale
10 Unternehmensform muss auch nach der Bundestagswahl 2013 wieder in einem
11 Koalitionsvertrag aufgenommen werden. Eine angemessene Haftungssumme ist dabei
12 unverzichtbar. Daher fordert der Arbeitskreis junger Mittelstand die CDU/CSU-
13 Bundestagsfraktion auf, sich für die erneute Aufnahme von Sondierungsgesprächen
14 einzusetzen.

15 **Begründung:**

16 Das Konzept der Societas Privata Europaea stellt eine europäische Kapitalgesellschaft mit
17 beschränkter Haftung, ähnlich dem Modell der deutschen GmbH dar. Als
18 Unternehmensform ist sie grundsätzlich dazu geeignet, Privates von Geschäftlichem zu
19 trennen um vor allem eine finanzielle Durchmischung zu verhindern. Ähnlich der Societas
20 Europaea für große Aktiengesellschaften sieht die Initiative, welche von der Europäischen
21 Kommission und dem Europäischen Parlament bereits beraten und positiv beschieden
22 worden sind, vor, durch eine in allen Mitgliedsstaaten gültige Unternehmensform
23 grenzüberschreitende Unternehmungen deutlich zu vereinfachen. Bisher ist der
24 Mittelstand noch gezwungen in jedem Mitgliedsstaat ein Tochterunternehmen nach
25 jeweiligem Recht mit einem sehr hohen Kosten- und Zeitaufwand zu gründen. Ziel dieser
26 Gesetzesinitiative ist es daher, die Vorteile eines europäischen Binnenmarktes nicht nur
27 Konzernen, sondern auch dem Mittelstand zugänglich zu machen.

28 **Votum der Antragskommission: Annahme**

1 **Antrag A 3**
2 **zur 16. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Kreisverband Wesel**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5 **Zur Sicherung einer kostengünstigen Energieversorgung in NRW ist in den**
6 **Genehmigungsverfahren die Gasförderung durch „Fracking“ differenziert von der**
7 **konventionellen Gasförderung zu behandeln:**

- 8 1. Das Fracking zur Gewinnung von Gas aus unkonventionellen Lagerstätten
9 ist in NRW erst dann genehmigungsfähig, wenn die dabei verwendeten
10 chemischen Einsatzstoffe durch umweltfreundliche und nicht toxische
11 Substanzen ersetzt werden können. Dafür ist die Forschung unbedingt zu
12 intensivieren.
- 13 2. Die Gasgewinnung in derzeitigen und früheren Kohleabbaugebieten in
14 NRW unabhängig vom Fracking zu beurteilen. Probebohrungen und weitere
15 Voruntersuchungen müssen für diese Gasförderung weiter möglich
16 sein.
- 17 3. Die Genehmigungsbehörden sollten bei Anträgen zur Gasförderung in NRW
18 von vornherein ausschließen, dass bei diesen Lagerstätten später „Fracking“
19 zugelassen wird.

20 **Begründung:**

21 Zur Bewältigung der Energiewende ist der Einsatz von flexiblen und umweltfreundlichen
22 Gaskraftwerken für die nächsten Jahrzehnte von besonderer Bedeutung. Diese sind aber
23 auf langfristige Gaslieferverträge mit moderaten Preisen angewiesen. Eine landeseigene
24 Gasgewinnung kann dazu wesentlich beitragen.

25 Zur Zeit wird in NRW jegliche Gasförderung, und zwar konventionelle und
26 unkonventionelle verteufelt und in Genehmigungsverfahren ausgebremst.

27 Hier ist zu berücksichtigen, dass in den Kohleabbaugebieten in NRW große Mengen
28 hochwertiger Gase anstehen, die problemlos seit Jahren gefördert und überwiegend in
29 Blockheizkraftwerken verwertet werden.

30 Ferner gibt es weitere Gaslagerstätten, aus denen in Kohleabbaugebieten auch ohne
31 jegliches Fracking Gas gefördert werden kann, da das Deckgebirge bereits durch den
32 früheren Kohleabbau gebrochen ist. Auch diese Gase würden ansonsten durch das
33 lockere Deckgebirge nach und nach umweltbelastend an die Oberfläche gelangen. Ein
34 Frackingverbot erübrigt sich hier, da rein technisch in dem gelockerten Deckgebirge ein
35 Fracking überhaupt nicht möglich ist.

36 **Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der geänderten Fassung:**

37 **Die Landesdelegiertentagung möge beschließen:**

38 Zur Sicherung einer kostengünstigen Energieversorgung in NRW ist in den
39 Genehmigungsverfahren die Gasförderung durch „Fracking“ differenziert von der
40 konventionellen Gasförderung zu behandeln:

- 41 1. Das Fracking zur Gewinnung von Gas aus unkonventionellen Lagerstätten
42 ist in NRW erst dann genehmigungsfähig, wenn die dabei verwendeten
43 chemischen Einsatzstoffe durch umweltfreundliche und nicht toxische
44 Substanzen ersetzt werden können. Dafür ist die Forschung unbedingt zu
45 intensivieren.
- 46 2. Die Grubengasgewinnung mit den bisher angewandten Fördermethoden soll
47 auch künftig möglich sein, und ist unabhängig vom Fracking zu beurteilen,
48 weil sie ohne Fracking durchgeführt wird.

49 Begründung:

50 Zur Bewältigung der Energiewende ist der Einsatz von flexiblen und umweltfreundlichen
51 Gaskraftwerken für die nächsten Jahrzehnte von besonderer Bedeutung. Diese sind aber
52 auf langfristige Gaslieferverträge mit moderaten Preisen angewiesen. Eine heimische
53 Gasgewinnung kann dazu wesentlich beitragen.

54 Zur Zeit wird in NRW jegliche Gasförderung, und zwar auch die konventionelle, verteuert
55 und in Genehmigungsverfahren ausgebremst. Fracking bei der konventionellen

- 56 Erdgasförderung ist ein Standardverfahren. Es kommt seit etwa 30 Jahren zum Einsatz,
57 ohne dass es je Probleme gegeben hat.
- 58 Die Gasgewinnung aus derzeitigen und früheren Kohleabbaugebieten gehört zwar zur
59 unkonventionellen Erdgasförderung, sie kann aber ohne Fracking betrieben werden.

1 **Antrag A 4**
2 **zur 16. Landesdelegiertenversammlung**
3 **Antragsteller: Kreisverband Mülheim**



4 **Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:**

5 Am 1. Januar 2013 ist eine neue Regelung über die Erhebung der Rundfunk- und
6 Fernsehgebühren von der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) sowie ARD, ZDF und
7 Deutschlandradio eingeführt worden. Benachteiligt wird durch diese Neuregelung der
8 Mittelstand, da die Berechnung nach einem Schlüssel pro Betriebsstätte und Anzahl der
9 Beschäftigten pro Betriebsstätte sowie der Zahl der betrieblich genutzten Pkw's zu einer
10 überdurchschnittlich hohen Belastung für den Mittelstand führt.

11 Bei einem mittelständischen Unternehmen mit 50 Mitarbeitern beträgt der nunmehr
12 zusätzliche Beitrag 1078,80 € für das Unternehmen pro Jahr.

13 Im Jahre 2011 betrugen die Einnahmen der Landesrundfunkanstalten 6,36 Mrd. €. Im
14 gleichen Jahr erhöhten sich die Pensionsrückstellungen von 6,76 auf 6,94 Mrd. €. (Quelle:
15 ARD Intern/Finanzen).

16 Durch die neuerliche Erhöhung der Einnahmen, dieses Mal auf Kosten der Unternehmen,
17 wird das bereits vorher schon üppige Versorgungswerk der Öffentlich-Rechtlichen
18 weiterhin aufgebläht.

19 Gebühren und Beiträge belasten zunehmend den Mittelstand, wodurch die
20 Wettbewerbsfähigkeit geschwächt wird. Wir fordern daher, keine GEZ Abzocke beim
21 Mittelstand!

22 **Votum der Antragskommission: Überweisung an den Landesvorstand**